

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pfg.

Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitraumbänder und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burthardtswalde, Croisch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalbe mit Banberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lamperdsdorf, Limbach, Vogen, Mohorn, Miltig-Roitzschen, Münzig, Neutrichen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schandewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligshausen, Taubenheim, Unfersdorf, Weistroppe, Wildberg.

Druck und Verlag von Artur Bichante, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inkratentell: Arthur Bichante, beide in Wilsdruff.

No. 8.

Donnerstag, den 23. Januar 1908.

67. Jahrg.

Bei der von der königlichen Amtshauptmannschaft vorgenommenen Begehung des Triebischlaufes hat sich ergeben, daß, was den diesseitigen Verwaltungsbezirk anlangt, in den Fluren Herzogswalbe und Helbigsdorf auf großen Strecken der Zustand sowohl des Bachbetts als auch der Ufer zufolge langandauernder Vernachlässigung seitens der Anlieger erheblich zu wünschen übrig ließ.

Mit Rücksicht auf die ihnen nach §§ 2 und 14 Schlußsatz der Elbstrom-, Ufer- und Dammordnung obliegende Verpflichtung werden die Anlieger des Triebischlaufes hiermit aufgefordert, durch Beseitigung der größeren Steger und der in den Bachlauf hineinragenden Wurzeln, durch Ausschneiden und Abholzen von Gestrüpp, soweit es nicht den Uferwänden zum Halt dient, sowie durch geeignete Befestigung zum Abbröckeln neigender Uferstelle, insbesondere durch flaches Abdrücken dafür Sorge zu tragen, daß ein ordnungsgemäßer Zustand der betreffenden Bachstrecken baldigst hergestellt wird.

Die Anlieger werden noch besonders darauf hingewiesen, daß die baldige Vor-

nahme der betreffenden, zum Teil nur geringe Mühe verursachenden Arbeiten in ihrem eigenen Interesse liegt, damit sie bei einem künftigen Hochwasser von Schäden tunlichst verschont bleiben.

Die Gewährung etwaiger staatlicher Entschädigungen bei künftigen Hochwässern an solche Personen, die sich der ihnen gesetzlich obliegenden Uferunterhaltungspflicht entzogen haben, würde von der königlichen Amtshauptmannschaft keinesfalls beauftragt werden.

Der Flußmeister ist angewiesen worden, auf etwaige Anfragen hinsichtlich zweckmäßiger Gestaltung und Ausführung von Uferarbeiten unentgeltlich Auskunft zu erteilen.

Weissen, den 13. Januar 1908.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Wilsdruff, den 22. Januar.

Lehrerschaft und Sozialdemokratie.

Zwei Bremer Lehrer hatten ihren Standpunkt in den Schulfragen in dem sozialdemokratischen „Bremer Blatt“ verteidigt und begründet. Der Vorstand des Bremer Lehrervereins hatte sich mit dieser Angelegenheit befaßt und dem Lehrerverein eine Resolution vorgelegt, in der es heißt, daß die Forderungen des Lehrervereins auch von der sozialdemokratischen Partei vertreten würden und daß die Vertreter dieser Partei sich bei verschiedenen Gelegenheiten als die konsequentesten Verfechter der Ziele des Lehrervereins gezeigt hätten; auch die sozialdemokratische Presse habe für sie auf nachdrücklichste gewirkt; deshalb sei der Vorstand der Meinung, daß der Verein im Kampfe für seine gegenwärtigen höchsten Ziele die Hilfe der sozialdemokratischen Partei nicht verschmähen sollte; im übrigen sei es die persönliche Angelegenheit jedes einzelnen Lehrers, welche Parteistellung er im politischen Leben einnehmen wolle. Diese Resolution wurde vom Vereine abgelehnt. Dafür stimmten 130, dagegen 162 Lehrer. Man wird dem „Vorwärts“ nicht verargen können, wenn er seiner Freude über diese starke Minderheit Ausdruck gibt.

Die Besoldung der Postbeamten.

Vor einigen Tagen hat, wie verlautet, im Reichspostamt eine Konferenz über die Besoldungsfrage der Postbeamten stattgefunden. In dieser Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, die Postsekretäre in der Frage des Wohnungsgeldzuschusses den Assistenten gleichzustellen, während die Zuschüsse der Sekretäre bei den anderen Behörden erhöht werden. Dieser Beschluß hat in den Kreisen der Postsekretäre große Erregung hervorgerufen. — Dem Vorstände des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten ist aus zuverlässiger Quelle die Mitteilung zugegangen, daß die Beratungen über die Gehaltsaufbesserungen für die mittleren Post- und Telegraphenbeamten mit folgendem Ergebnis zu Ende geführt worden sind: Assistenten (bisher 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000) 1650, 1900, 2150, 2400, 2650, 2900, 3100, 3300; Sekretäre (bisher 1700, 2000, 2300, 2600, 2900, 3100, 3300, 3500) 1800, 2150, 2500, 2850, 3200, 3550, 3900. Da die Anfrückung in Zeiträumen von je drei Jahren erfolgt, erreichen die Assistenten das Höchstgehalt wie bisher in 21 Jahren, die Sekretäre (bisher in 21 Jahren) in 18 Jahren. Weiter wird noch gemeldet, daß das Höchstgehalt der Obersekretäre und Postmeister, die aus den Sekretären hervorgehen, von 4200 Mark auf 4500 Mark erhöht wird.

Hinzpeters Tagebücher verbrannt.

Gehilfenrat Dr. Georg Graf Hinzpeter, der am 29. Dezember verstorbenen Erzherzog Kaiser Wilhelms hat, wie Dr. Hans Helmholtz in der neuen Wochenchrift „Frühling“ mitteilt, die Tagebücher, die er sich im Laufe seiner Erzherzoglichkeit über seinen Bögling angelegt hat, verbrannt.

Einrichtungen in Preußen.

In den letzten fünf Jahren wurden in Preußen im ganzen 79 Verbrecher hingerichtet und zwar 70 männliche und 9 weibliche. Die Jahre waren hinsichtlich der Zahl der Hingerichteten sehr verschieden. Waren im Jahre 1901 und 1902 17 und 19 Menschen dem Henker ver-

fallen, so waren es im Jahre 1903 und 1905 nur 9 und 5. Die meisten Hinrichtungen fielen auf die Provinz Schlesien, wo 11 Männer und eine Frau unter dem Richtbeil endeten. In der Strafanstalt Böhlensee bei Berlin, die standesamtlich zu Tegel im Kreise Niederbarnim, Regierungsbezirk Potsdam, gehört, wurden in den fünf Jahren 11 Männer hingerichtet.

Man fängt russische Bankräuber im Ausland.

In München verhaftete Sonnabend morgen die Polizei eine junge, hübsche Russin, die in einem Bankgeschäft einen Fünfhundertrubelchein wechseln lassen wollte. Der Schalterbeamte hatte Verdacht geschöpft, suchte im Verzeichnis gestohlener Wertpapiere nach und fand die Nummer als gestohlen verzeichnet. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die Rubelnote aus einem räuberischen Heberfall auf einen von Kofalen geleiteten Geldtransport in Tiflis stammte, wobei 341000 Rubel geraubt wurden. Der verbrecherische Anschlag, der damals die ganze Welt aufregte, fand am 26. Juni 1907 auf dem Erivan-Platz in Tiflis statt, wobei 8 Bomben geworfen, mehrere Personen getötet und 50 schwer verletzt wurden. In der Verwirrung gelang es den Räubern leicht, mit dem Gelde zu entkommen. Die verhaftete Russin gibt an, nicht mit jenen Räubern in Verbindung zu stehen. Sie verweigert die Angabe über die Herkunft der Banknote. Es hat sich herausgestellt, daß sie eine weitere, ebenfalls von dem Raube herrührende 500-Rubelnote in einem anderen Münchner Bankgeschäft bereits gewechselt hatte. Während der Vernehmung durch das weibliche Gefängnispersonal zerriss sie rasch einen kleinen Zettel auf welchem mit Bleistift in russischer Sprache einige Notizen vermerkt waren. Aus diesem Grunde wurde besonders der Hauptbahnhof während des Nachmittags überwacht. Drei nachmittags nach 5 Uhr mit dem Pariser Schnellzug angekommen Fremde wurden angehalten; der eine, angeblich ein Pariser, besitzt außer deutschem und französischem Bargeld 17 Fünfhundert-Rubelnoten, welche von dem Raube in Tiflis herrühren; der andere, angeblich ein Russe aus dem Kaukasus besitzt ebenfalls eine große Summe in Papiergeld und wurde bereits überführt, auf der Reise zwischen Paris und München 500-Rubelnoten gewechselt zu haben. Vorläufig erklären sie, die 500-Rubelnoten von einem Unbekannten geschenkt erhalten zu haben.

Gleichzeitig wurden auch in Paris zwei russische Terroristen, der 35jährige Meer-Ballath und Fanny Jantuskla, verhaftet. Sie waren nach Frankreich gesandt worden, um auch dort einen Teil der Beute des Tifliser Diebstahls zu Geld zu machen. In ihrem Besitz soll noch eine Summe von 20000 Francs gefunden worden sein.

Aus Deutsch-Ostafrika.

Zu der bereits früher mitgeteilten Ermordung des Sanitätsunteroffiziers Brückner durch ostafrikanische Eingeborene wird vom Gouvernment in Dar-es-Salaam weitergemeldet: Die Askari-Patrouille ist von der Verfolgung zurückgekehrt. Masumbi und sämtliche Mitläufer sind eingeliefert. Auch die zerstückelten und verbrannten Leberreste Brückners wurden entdeckt und mitgebracht. Die früher vermuteten Motive der Tat sind nunmehr festgestellt; die Eingeborenen haben den Mord aus Angst vor Anzeige wegen unerlaubter Jagdausübung begangen. Die Hauptverhandlung gegen die Mörder wird demnächst eröffnet.

Ausland.

Ein Brandgeschloß gegen Kriegsbalkone.

Wie die „Wiener Allg. Ztg.“ mitteilt, ist es der französischen Munitionstechnik gelungen, ein Brandgeschloß zu konstruieren, das aus dem Geschoß bis zu einer Höhe von 1600 Meter emporgetragen wird. Dieses Geschloß entzündet sich in dem Moment, in dem es das Geschoßrohr verläßt, und ist geeignet, wenn es auch nur eine der bekanntlich von einander geschiedenen Gasammern des modernen Lenkbalkons trifft, den ganzen Ballon zu zerstören, da es durch die Entzündung der in der getroffenen Kammer eingeschlossenen Gasmasse eine Explosion hervorruft, die den ganzen Kriegsbalkon in einem Moment unschädlich macht. In französischen Artilleriekreisen wird diese jüngste Erfindung, über die bisher keinerlei Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen sind, gegenwärtig mit größtem Interesse besprochen. Schon in nächster Zeit werden die praktischen Versuche mit dem neuen Geschloß in größerem Stil unternommen werden.

Eine neue tschechische Herausforderung.

Zu welchen Ungeheuerlichkeiten der Versuch der Tschechen führt, die tschechische Amtssprache auch in Deutschböhmen einzuführen, beweist folgender Fall, der in deutschen Kreisen große Erregung hervorruft: Der tschechische Arbeiter Burdak in Marienbad (ein Deutscher) schuldet einer tschechischen Firma in Kolin 12 Kronen. Die tschechische Firma ließ durch einen tschechischen Advokaten gegen Burdak eine Klage in tschechischer Sprache beim Bezirksgericht Marienbad einbringen, die auch in tschechischer Sprache erledigt und zugestellt wurde. Da der Beklagte der tschechischen Sprache nicht mächtig war, veräumte er den Termin und wurde daraufhin in contumaciam verurteilt.

In Petersburg brach im Palais des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch und im Ministerium der Volksausklärung fast gleichzeitig Feuer aus, das nach mehrstündiger Löscharbeit unterdrückt wurde. Die in letzter Zeit auffallende Zunahme der Feuersbrünste ist zum Teil auf das durch die strenge Kälte hervorgerufene starke Heizen und auf mangelhafte Schwärme zurückzuführen. Die Gerüchte, daß die Brände von Terroristen angelegt würden, sind bisher nicht erwiesen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Lokalkreis für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 22. Jan.

— Die verstorbene Adnigin-Witwe Carola hat dem Albertverein für das Krankenhaus Grunau 40000 Mark vermacht, deren Zinsen zur Unterhaltung der als Krankenpflegerinnen amtierenden barmherzigen Schwestern verwendet werden sollen.

— Der schädliche Einfluß der Rauchgase von den industriellen Etablissements auf die Vegetation, namentlich auf die Forsten, hat die kaiserliche Regierung schon seit langer Zeit wiederholt beschäftigt. Daß dieser schädliche Einfluß in großem Umfange auftritt, hat namentlich Professor Wislicenus von der Forstakademie Charandt nachgewiesen. Wie vor längerer Zeit gemeldet wurde, beschäftigt die Regierung auf geeignetem Wege vorzugehen, aber der Weg hat sich noch nicht als gangbar erwiesen, weil durch die zu fordernden technischen Anlagen zur Kondensierung der giftigen Gase der Industrie zu starke Lasten zugemutet werden würden. Neuerdings ist bei der Regierung eine Petition von einer Anzahl Gemeinden und Privatbesitzern eingegangen, welcher die Hilfe des